

### 1 **Die BDKJ-Diözesanversammlung beschließt:**

2 Wir fordern die Einrichtung einer Fachstelle für politische Bildung im Bischöflichen Jugendamt.

3 Aufgaben der Stelle sollen unter anderem sein:

4 • Konzipierung und Organisation von Workshops, Gruppenstunden, ... zur politischen Bildung, die vor Ort selbst  
5 umgesetzt werden können.

6 • Angebote für alle Ebenen des Bistums Regensburg

7 • Organisation und Leitung von Fortbildungen zur politischen Bildung

8 • Unterstützung der politischen Bildungsarbeit der Kreis- und Jugendverbandsarbeit

9 Die konkrete Ausgestaltung der Stelle soll in Kooperation zwischen der Jugendamtsleitung sowie der BDKJ Diözesan-  
10 vorstandschaft entstehen.

### 11 **Warum stellen WIR diese Forderung jetzt an die Kirche?**

12 In der schulischen Bildung hat der Bereich der politischen Bildung Verfassungsrang. [2] Für eine umfassende politi-  
13 sche und demokratische Bildung von jungen Menschen, wie von der bayerischen Verfassung gefordert [3], ist der  
14 Umfang der politischen Bildung in Schulen nicht alleinig ausreichend. Vielmehr ist außerschulische politische und de-  
15 mokratische Bildung ergänzend notwendig.

16 In der außerschulischen Bildung, insbesondere auch in der der Jugendverbände, wird politische Bildung schon alleine  
17 durch die Grundsätze der Jugendverbandsarbeit gelebt und gelehrt. Demokratie zu lernen, heißt Demokratie zu leben.  
18 Dies passiert durch die Selbstorganisation und Beteiligung junger Menschen, durch das Fassen von Beschlüssen und  
19 die Wahl der Leitungen. Neben diesen Grundsätzen sind auch politische Bildungsangebote großer Bestandteil. Jugend-  
20 verbände sind damit Demokratiewerkstätten. Aber die notwendige Arbeit, um mehr junge Menschen und vor allem  
21 auch junge Menschen außerhalb der Jugendverbandsarbeit zu erreichen, geht über die Leistbarkeit und die Reichweite  
22 der Jugendverbände hinaus und es fehlen oft die nötigen finanziellen und personellen Ressourcen.

### 23 24 **Warum stellen wir DIESE FORDERUNG jetzt an die Kirche?**

25 Bei Betrachtung der derzeitigen Lage im Bereich der Politik erkennt man einen deutlichen Bedarf, das Thema der poli-  
26 tischen Bildung aufzugreifen. Politische Bildung kann aber nur voll Wirkung zeigen, wenn sie dauerhaft präsent sein  
27 kann. Ein weiterer Grund für eine dauerhafte Beschäftigung ist der stete Wandel der Politik. Damit der aktuelle Stand,  
28 die aktuellen Geschehnisse und Thematiken gut verbreitet und zeitgemäß geschult werden können, braucht es eine  
29 separate

30 Fachstelle, welche sich ausschließlich mit diesem Thema beschäftigt.

### 31 32 **Warum stellen wir diese Forderung JETZT an die Kirche?**

33 Die Ergebnisse der Europawahl im Juni 2024, der Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg und die  
34 allgemeinen Wahlumfragen sind erschreckend. Die rechtsextreme Partei AfD schneidet jeweils als stärkste oder zweit-

35 stärkste Partei ab. Gerade auch unter jungen Menschen kann ein enormer Rechtsrutsch beobachtet werden. Rechts-  
36 extreme Parteien wirken auf Kinder und Jugendliche oft attraktiv, da sie vermeintlich einfache Antworten auf kom-  
37 plexe Probleme und Krisen bieten. Allerdings sind die Versprechen und Positionen dieser Parteien demokratiegefähr-  
38 dend und bieten keine Lösungen für gesellschaftliche Probleme. Um gerade junge Menschen vor einem Abrutsch zu  
39 rechtsextremen Positionen zu bewahren, braucht es verstärkt politische Bildung. [1]

#### 40 **Warum stellen wir diese Forderung jetzt AN DIE KIRCHE?**

41 Kirche muss sich in der Gesellschaft engagieren und für Menschenwürde eintreten. Dies bestärkt die Erklärung der  
42 deutschen Bischöfe aus dem Jahr 2024 „Unter all diesen Werten und Prinzipien kommt der gleichen Würde aller Men-  
43 schen eine grundlegende Rolle zu. Ohne ein umfassendes Verständnis der Menschenwürde gibt es kein freiheitliches  
44 und gerechtes Zusammenleben. Die Menschenwürde ist der Glutkern des christlichen Menschenbildes und der Anker  
45 unserer

46 Verfassungsordnung.“ [4] Einen ähnlichen Arbeitsauftrag liefern die Jugendpastoralen Leitlinien. Diese machen die  
47 Begleitung junger Menschen und die Werte- und Persönlichkeitsbildung zur Aufgabe der Jugendpastoral. Dazu zählt  
48 für uns auch die politische Bildung. Dementsprechend wäre ein guter Schritt zur Verwirklichung dieser Erklärungen  
49 und Leitlinien die dauerhafte Verstärkung der politischen Bildung innerhalb der katholischen (Jugend-)Arbeit.

50 „Leisten wir alle Widerstand, wenn Menschenwürde und Menschenrechte in Gefahr geraten! Engagieren wir uns ge-  
51 meinsam aktiv für die freiheitliche Demokratie!“ heißt es in der oben genannten Erklärung der deutschen Bischöfe. Die  
52 Einrichtung einer politischen Stelle kann einen Schritt dazu beitragen. Gerade die kirchlich und politisch engagierten  
53 jungen Leute müssen erkennen können, dass sie als Personen von Seiten der Kirche mit offenen Armen empfangen  
54 und unterstützt werden und auch Bildungsangebote leicht einholen können.

55  
56 [1] Wir definieren politische Bildung analog zur AFJ. Politische Bildung hat laut der AFJ „das Ziel, Jugendlichen die  
57 Möglichkeit zu gesellschaftlichem Engagement und gesellschaftlicher Teilhabe aufzuzeigen. Politische Bildung meint  
58 Demokratiebildung, da zu dieser die freie Meinungsäußerung sowie die Mitbestimmung in gesellschaftlichen Gruppen  
59 gehört. (...) Die politische Bildungsarbeit der katholischen Kirche ist überparteilich und richtet sich nach dem Grund-  
60 gesetz der Bundesrepublik Deutschland. Sie wendet sich gegen Indoktrination und politische Agitation. (...) Ansatz-  
61 punkt sind die Probleme und Fragen junger Menschen, die gemeinsam mit ihnen in einen gesellschaftlichen Kontext  
62 gestellt werden. Ziel ist es, die jungen Menschen zur Mitwirkung zu befähigen. Dafür braucht es neben dem Fachwissen  
63 zu gesellschaftlichen und politischen Themen, die Fähigkeit, sich ein eigenes Urteil zu bilden und Kritik zu äußern.“

64 <https://jugendpastoral.de/handlungsfelder#handlungsfelder>

65 [2] LehrplanPlus, Bayern

66 [3] Bayrische Verfassung, Art. 131

67 [4] Erklärung der DBK vom 22.02.2024: „Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar“